

Wilhelm Molterer

Perspektiven der Landwirtschaft in Europa

Im Lichte der europaweiten Absatzkrise beim Rindfleisch ist der Ruf nach einer „Agrarwende“ in Mode gekommen. Unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit – selten war übrigens das mediale Interesse an der Landwirtschaft so stark – entspinnt sich eine Diskussion, die allzu stark von Pauschalisierungen und Schlagwörtern geprägt ist. Ein Ansatz, der darauf hinausläuft Agrarpolitik auf einen vermeintlichen Gegensatz von Biolandbau und konventioneller Produktion zu reduzieren, ist falsch und wird damit den tatsächlichen Herausforderungen der Landwirtschaft nicht gerecht. Wenn es um die Zukunft der Landwirtschaft geht, dann ist eine Diskussion notwendig, die differenzierter und vor allem fundierter geführt werden muss. Die gegenwärtige Krise ist dabei sicher ein wichtiger Ausgangspunkt, keineswegs kann es jedoch genügen, die Lehren aus ihr allein zu ziehen.

Die gesellschaftlichen Erwartungen an die Landwirtschaft haben sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte grundlegend geändert. War in der Nachkriegszeit das Gebot der Stunde die Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung, so sind Landwirte heute mit vielfältigen und auch divergierenden Erwartungen der Gesellschaft konfrontiert. Der Bogen spannt sich von der Forderung nach einer stärkeren Ökologisierung und höheren Tierschutzstandards bis hin zur kostengünstigen und von der Jahreszeit unabhängigen Verfügbarkeit einer breiten Palette landwirtschaftlicher Produkte. Gleichzeitig, wenn auch weniger plakativ, gewinnen die multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft in den ländlichen Regionen – etwa der flächendeckende Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft oder die Sicherung vitaler ländlichen Regionen – immer stärker an Bedeutung.

Die Politik in Österreich hat diesen Wandel wahrgenommen und bereits 1988 mit dem Manifest für eine ökosoziale Agrarpolitik einen Bezugsrahmen entwickelt, der in seinen drei Kernpunkten – wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, ökologische Orientierung und soziale Ausgewogenheit – bis heute für die strategische Orientierung der österreichischen Landwirtschaftspolitik von maßgeblicher Bedeutung ist. Adressat dieser Politik ist und war das bäuerliche Familienunternehmen.

Diese strategische Orientierung der österreichischen Landwirtschaftspolitik lässt sich heute an handfesten Zahlen dokumentieren: Der Anteil der Mittel für die Ländliche Entwicklung liegt in Österreich bei 65 Prozent. Zum Vergleich: europaweit fließen 90 Prozent der EU-Agrargelder in die Marktordnung, in Österreich wie gesagt lediglich 35 Prozent. Österreich hat daher signifikant mehr Gelder als alle anderen EU-Mitgliedstaaten für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen, beziehungsweise für die Entwicklung ländlicher Räume zur Verfügung gestellt.

Inzwischen hat sich die Agrarpolitik der Europäischen Union die bäuerliche, multifunktionale, nachhaltige, flächendeckende Landwirtschaft mit der Formulierung des Europäischen Landwirtschaftsmodells zu ihrem Leitbild gemacht. Damit haben wesentliche Elemente des österreichischen Weges einer ökosozialen Agrarpolitik in die Grundsätze der europäischen Agrarpolitik Eingang gefunden. So meine ich - und ich formuliere es bewusst provokant - ist eine Agrarwende allenfalls in jenen Mitgliedstaaten geboten, in denen sie noch nicht oder nur bedingt vollzogen wurde.

Österreich steht jedenfalls den Bestrebungen für eine Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) offen und grundsätzlich positiv gegenüber. Es erscheint auch durchaus sinnvoll die in der Agenda 2000 beschlossene Halbzeitbewertung der GAP bereits im kommenden Jahr durchzuführen. Die Europäische Kommission sollte daher mit Hochdruck an der Aufbereitung der Analysen und Bewertungen der Entwicklung der wichtigsten Märkte arbeiten und die Ergebnisse dem Rat bald als Entscheidungsgrundlage an die Hand geben. Dies sollte unabhängig von den jetzigen Maßnahmen zur Bewältigung der Marktkrise auf dem Rindfleischsektor gesehen werden.

Insgesamt geht es in der langfristigen Reformdebatte aus unserer Sicht um eine **Stärkung des Europäischen Landwirtschaftsmodells** einer multifunktionellen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen flächendeckenden Landwirtschaft, das auf bäuerlichen Familienunternehmen aufbaut. Nur ein solches Modell ist geeignet, eine breite Streuung des Eigentums an Grund und Boden – ein gesellschaftspolitischer Wert an sich –, einen ökologisch verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und eine dauerhafte Besiedlung des ländlichen Raums auch in benachteiligten Regionen sicherzustellen.

Für dieses Modell brauchen wir

- Klare Gemeinschaftsregeln für Lebensmittelsicherheit und Qualitätsproduktion – hierbei ist ein mehr an Europa im Sinne einer Harmonisierung erforderlich

- mehr Europa und ein gemeinschaftliches Vorgehen ist auch in den Marktordnungen notwendig – eine Renationalisierung kann sicher nicht unser Ziel sein. Solidarität ist hier angesagt und auch zukünftig notwendig. Das gilt auch und besonders für die Harmonisierung der Bestimmungen über die Zulassung von Betriebsmitteln
- eine stärkere Betonung der zweiten Säule der GAP – die ländliche Entwicklungspolitik – hier brauchen wir mehr Subsidiarität, ein mehr an Gestaltungsspielraum für die Mitgliedstaaten und Regionen
- und wir müssen den Leistungsbezug des Einzelnen wieder stärker in den Vordergrund bringen.

Für die **Marktordnungen** sehe ich folgende wesentliche Elemente für die künftige Reform:

- Wir brauchen auch künftig die mengenbegrenzenden Instrumente (wie Quoten, Stilllegung und Referenzmengen) um Angebot und Nachfrage aufeinander abzustimmen – gerade vor dem Hintergrund der Erweiterung und dem großen Produktionspotential in den Beitrittsländern ist das unabdingbar
- wir brauchen eine stärkere Flächenbindung der Viehproduktion
- wir müssen in der Förderung die industrielle Massentierhaltung ausklammern
- wir brauchen das Instrument der Direktzahlungen, wobei wir vorschlagen, die Direktzahlungen nach der Betriebsgröße degressiv zu gestalten
- und wir brauchen auch zukünftig die Gemeinschaftspräferenz gegenüber Drittstaaten.

Die **ländliche Entwicklungspolitik** sollten wir mittelfristig finanziell besser ausstatten und auch prüfen, ob wir diese nicht auch um zusätzliche Instrumente des direkten Einkommenstransfers für Kleinbetriebe oder etwa um Maßnahmen der Krisenvorsorge (Versicherungsmodelle) sinnvoll ergänzen sollten.

Und schließlich wird es auch darauf ankommen im Sinne einer tiefgreifenden Verwaltungsvereinfachung bei den Direktzahlungen **breit angelegte Kleinerzeugermodelle** zu entwickeln, die darauf ausgerichtet sind, für Bauern bis zu einer gewissen Größe mit Pauschalbeträgen zu operieren, die auf historischen Bezügen basieren. Ein solches Modell könnte uns bei der Verwaltungsreform helfen und den Bauern viel Bürokratie ersparen.

Aus österreichischer Sicht muss die Antwort auf die gegenwärtige Krise jedoch weiter gehen, als die europaweite Hinwendung zu einer ökosozialen Landwirtschaft. Notwendig erscheint darüber hinaus eine Abkehr von der sektoralen, hin zu einer gesamthaften Betrachtung der Lebensmittelkette. Wir brauchen eine Gesamtschau, die vom Feld bis auf die Ladentheke reicht. Dieser Betrachtungsweise muss eine klare Definition des Begriffs der Qualität zugrunde liegen. Auf der operativen Ebene ist schließlich die durchgehende Kontrolle der Qualität – wie dies mit der österreichischen **Agentur für Ernährungssicherheit** vorgesehen ist – sicherzustellen, denn die Konsumenten erwarten zu Recht die klare Nachvollziehbarkeit der Lebensmittelkette.

Mein Ziel ist es daher, dass in konsequenter Fortsetzung der dem europäischen Modell der Landwirtschaft zugrundeliegenden Philosophie, ein europäisches Lebensmittelmodell entwickelt und umgesetzt wird. Wesentliche Bezugspunkte eines solchen neuen Modells müssen aus meiner Sicht die Grundsätze der Qualität und Sicherheit sowie der Herkunft und Vielfalt der Lebensmittel sein.

Mit der **Europäischen Behörde** für die **Lebensmittelsicherheit** und die betreffende Gemeinschaftsverordnung für Lebensmittelsicherheit soll ein Gemeinschaftsrahmen geschaffen werden, der für alle Unionsbürger die höchsten Standards und nachvollziehbare Differenzierungen der Qualitätsproduktion sicherstellt. Hierbei müssen wir uns auch neben Nährwert, Gesundheit, Sicherheit, Genusswert und Verwendbarkeit der Produkte für verschiedene Verarbeitungsarten noch viel mehr mit dem „*emotionalen Nährwert*“ als Aspekt der Qualitätsdefinition beschäftigen. Die Konsumenten wollen heute wissen, wie ein Tier gehalten wurde, woher es stammt und welche Produktionsverfahren der Bauer angewendet hat.

Für die Zukunft der europäischen Landwirtschaft wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass das Vertrauen in eine wirtschaftlich gesunde bäuerliche Landwirtschaft erhalten werden kann. Ich bin der Überzeugung, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Autor:

Mag. Wilhelm Molterer, geb.: 14. 5. 1955, Steyr

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Höhere landwirtschaftliche Bundeslehranstalt in St. Florian 1969-1974, Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Linz (Mag. rer. soc. oec.) 1974-1980. Studien- bzw. Vertragsassistent an der Universität Linz, Abteilung Agrarpolitik 1979-1981, wirtschaftspolitischer Referent im Österreichischen Bauernbund 1981-1984, Vertragsbediensteter im Büro Landesrat Hofinger 1985-1987, Sekretär im Ministerbüro bei Bundesminister Dipl.-Ing. Riegler 1987-1989, Leiter des Ministerbüros bei Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Fischler 1989, Direktor des Österreichischen Bauernbundes 1989-1993, Generalsekretär der ÖVP 1993-1994. Agrarsprecher der ÖVP 1989-1993, Mitglied des Bezirksparteivorstandes der ÖVP Steyr/Land seit 1990, Mitglied des Landespartei Vorstandes der ÖVP Oberösterreich seit 1993, Mitglied des Bundespartei Vorstandes der ÖVP seit 1993, Mitglied des Präsidiums des Österreichischen Bauernbundes.